

B O N N

SOWJET-BOTSCHAFT

Beauftragte des sowjetischen Botschafters Sorin versuchen bei Besichtigungen westdeutscher Großbetriebe Stimmung gegen die Bundesregierung zu machen, die nach wie vor den Abschluß eines deutsch-sowjetischen Handelsvertrages ablehnt. Das Auswärtige Amt konnte bisher gegen diese undiplomatischen Gepflogenheiten der Russen nichts unternehmen, weil Botschafter Sorin sich stets mit einem „Vorpellen“ subalternen Botschaftsangehöriger zu entschuldigen wußte.

WIEDERGUTMACHTUNG

Bundesfinanzminister Schäffer äußerte intern seine Besorgnis über weitgehende Wiedergutmachungszusicherungen, die sein Kabinettskollege von Brentano kürzlich in Kopenhagen und Oslo gegenüber den Skandinavien abgegeben habe. Schäffer argwöhnt, daß nunmehr auch andere Länder, durch die Freigebigkeit des Bundesaußenministers ermuntert, in Bonn Milliardenforderungen anmelden werden.

ZITATE

„Rom ist schließlich auch heute noch die Hauptstadt der Welt.“ (Bundeskanzler Konrad Adenauer bei seinem Besuch in der italienischen Hauptstadt und im Vatikan.)

„Holen werden wir sie auf jeden Fall!“ (Bundesverteidigungsminister Blank über die ungedienten sogenannten „weißen Jahrgänge“ 1928—1936.)

„Für uns Teilnehmer ein unvergeßlicher Tag! Adenauer, das Stahlhemd des Bundeskanzlers noch unsichtbar, aber schon erkennbar unter der Oberbürgermeister-Robe, hieß das Fest in seiner Stadt willkommen.“ (Professor Carl Diem, Rektor der Sporthochschule Köln, im Programmheft der Kölner „Vaterstädtischen Festspiele 1956“ über die „II. Deutschen Kampfspiele“, die 1926 in Köln stattfanden.)

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Erlebnis auf dem Heuberg

Die kleine Fronde jener CDU-Abgeordneten, die es wagt, nicht nur im stillen Kämmerlein, sondern auch öffentlich gegen die Sackgassen-Politik ihres Parteivorsitzenden Konrad Adenauer aufzumucken, ist seit einer Woche um einen Mann verstärkt worden: um den Regierungsrat Peter Nellen, 43, der von Haus aus eigentlich Oberschullehrer ist und hauptberuflich das Dezernat für Jugendpflege, Volksbildung und Sport bei der Regierung in Münster leitet. Nellen ist der Mann, der bei der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes im Bundestag eine Rede gegen die Einengung des Kriegsdienstverweigerungsrechts hielt.

Der Umstand, daß die Sitzung durch den Rundfunk übertragen wurde und Nellen in der günstigsten Sendezeit — am Abend — zu Wort kam, mag viel dazu beigetragen haben, daß der bis dahin fast namenlose CDU-Abgeordnete aus Münster

in Westfalen seit seiner Rede zum Symbol des Aufstands der Jungen in der CDU gegen den alten Kanzler geworden ist.

Immerhin ist er der erste Christdemokrat, der dem Kanzler im Bundestag effektiv Paroli bot und an die Tatsache rührte, daß ausgerechnet die Christlich-Demokratische Union sich über die Stellungnahmen hinwegsetzte, die dem Parla-



CDU-Frondeur Nellen
Der oder jeder?

ment von der Katholischen und Evangelischen Kirche zur Frage der Kriegsdienstverweigerung vorgetragen worden waren.

Es war das dritte Mal in seinen sieben Jahren als Bundestagsabgeordneter, daß Peter Nellen am Freitagabend vorletzter Woche auf das Rednerpodium des Parlaments kletterte. Seine Zurückhaltung mag daran liegen, daß Nellen seit Jahren als unbequemer, aber stiller Außenseiter in der CDU-Fraktion gilt. Er hat im Laufe der Jahre — wie viele noch prominentere Adenauer-Gegner in der CDU — einsehen müssen, daß es nicht opportun und

auch nicht immer möglich ist, seine eigene Meinung laut kundzutun, wenn sie von der Kanzler-Meinung abweicht.

Prominente CDU-Mitglieder, die das taten, haben es mit dem Ende ihrer politischen Karriere bezahlen müssen. Bundesinnenminister Heinemann verlor entschieden an politischer Bedeutung, seit er mit dem Kanzler brach; der CSU-Abgeordnete Hans Bodensteiner geriet schon im ersten Bundestag in Gegensatz zu des Kanzlers Wiedervereinigungspolitik und verschwand von der politischen Bühne.

Auch der theologisch vorgebildete Oberschullehrer Nellen kultiviert zwar seit langem beachtliche Vorbehalte gegen die Wiedervereinigungspolitik seines Parteichefs. Aber er äußerte sich in der Öffentlichkeit nicht allzu forsch, um nicht der Parteifeme zu verfallen.

Zur Zeit der kommunistischen „Weltjugendfestspiele“ 1951 in Ostberlin war Nellen in Westberlin und diskutierte mit Hunderten junger FDJler, die über die Sektorengrenze gekommen waren. Er war — neben dem amerikanischen Hochkommissar McCloy — Star unter den westlichen Diskussionspartnern der Jugendlichen aus der Zone.

Kritik aus Stuttgart

Nellen hatte schon 1953 allen Grund zu der Befürchtung, man werde kritischer Einstellung dadurch den Boden entziehen, daß man ihn zur Wahl des zweiten Bundestages nicht wieder aufstellte. Der Kanzler hätte es zweifellos lieber gesehen, wenn Nellen seine Aktivität wieder stärker seiner Regierungsratsstätigkeit in Münster gewidmet hätte. Daß es dennoch zur zweiten Kandidatur Nellens kam, dafür sorgte der inzwischen verstorbene Hermann Ehlers, der damals neben Konrad Adenauer in der CDU einiges zu sagen hatte. Protestant Ehlers schätzte den eigenwilligen Katholiken Nellen.

Nellen konnte zwar wieder in den Bundestag einziehen, mußte jedoch bald feststellen, daß es nicht möglich ist, im Bundestag gegen die Politik der eigenen Fraktion zu Felde zu ziehen. Er trabte im großen Haufen seiner Fraktion mit und wählte zu gelegentlicher Kritik andere Wege.

So konnte zum Beispiel am 29. September 1954 der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion, Heinrich von Brentano, im Stuttgarter Rundfunk hören, daß nicht alle CDU-Abgeordneten die Meinung ihres Fraktionsvorsitzenden teilten. Brentano hatte kurz zuvor erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei sicher eine der vordringlichsten, aber nicht die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik.

Nellen widersprach im Stuttgarter Rundfunk seinem Fraktionschef Brentano: „Wir halten den vielbeachteten Satz . . . für so mißverständlich, daß er besser nicht gesprochen worden wäre. Daran kann nämlich kein Zweifel sein: Die Lebensfrage deutscher Innen- und Außenpolitik ist die Re-Integration, der wieder zum Ganzen bindende Zusammenschluß der einen deutschen Nation. Es ist in dem Sinne die vordringlichste aller Aufgaben, als keinerlei Gespräche geführt und keine Abma-

chungen getroffen werden können, die nicht dieses Ziel berücksichtigen.“

Als die Zeit des Kalten Krieges zu Ende ging, bekannte sich Nellen zum Versuch einer friedlichen Koexistenz, „weil wir uns für den Frieden verantwortlich fühlen“. Ein solches für einen CDU-Politiker ungewöhnlich klingendes Bekenntnis war im Kirchenblatt des Bistums Münster zu lesen, wie denn überhaupt der Peter Nellen ein gutes Verhältnis zum Bischof von Münster, Dr. Keller, hat.

In der Wehrpflichtdebatte gab Nellen seine bis dahin im Parlament geübte Zurückhaltung auf. Er war verärgert, weil man die von der Evangelischen Kirche

für Verteidigung und für Petitionen zu kommen ließ. So war man schnell die un-
bequemen Mahner wieder los.

Es war nicht das erste Mal, daß Vertreter der Kirche dem Bundestag ihren Standpunkt zu Wehrfragen dargelegt hatten. Gerade in der Spezialfrage, durch deren öffentliche Behandlung im Parlament Peter Nellen seit vorletzter Woche ein bekannter Mann ist, in der Frage der Wehrdienstverweigerung nämlich, haben Kirchenvertreter vor dem Bundestagsausschuß für Verteidigung in Gegenwart Theo Blanks Rede und Antwort gestanden.

Sie waren für den 1. Juni 1956 eigens zu diesem Zweck vor den Ausschuß ge-

sagt wird: „Wer sich aus grundsätzlicher religiöser oder sittlicher Überzeugung *allgemein* zur Gewaltlosigkeit ... bekennt...“ Diese Formulierung berücksichtigt nicht die Tatsache, daß es offensichtlich ernste Gewissensurteile gibt, in denen jemand nicht aus *grundsätzlichen*, sondern aus *situationsbedingten* Gesichtspunkten glaubt, den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu müssen.“

Es war der CDU-Abgeordnete Peter Nellen, der sich in dieser Sitzung des Verteidigungsausschusses gegen den Regierungsentwurf und seine Fraktion stellte und dabei erkennen ließ, daß er durchaus handfeste Gründe für sein Plädoyer zugunsten der Kriegsdienstverweigerer hatte. Er sagte: „Ich hatte den traurigen Vorzug, von Hitler aus Gründen, die ich nicht kenne, als Ausbildungspersonal in die berühmte KZ-Division 999 gebracht zu werden. Wir hatten dort als Unteroffiziere und Offiziere nur Rekruten, die aus Konzentrationslagern kamen, kriminelle und politische Häftlinge.“

„Ich hatte in meiner Batterie allein drei oder vier katholische Geistliche, die als schlechte Kanoniere angingen. Da habe ich den Fall des *error invincibilis** in Dutzenden von Fällen durchexerzieren müssen, und zwar bei Leuten, die geschoren, vollständig abgemagert, ein Schatten ihrer selbst, dort eingezogen wurden.“

„Die kamen auf die Kammer, ließen sich ihre Uniform verpassen, und dann sollte ihnen die Plempe, das Seitengewehr, verpaßt werden. Darauf sagten sie: Das hat der Herr Jesus verboten.“

„Dann schnauzte der Kammerunteroffizier sie kräftig an, kam aber nicht durch und mußte den Spieß holen. Dieser holte dann den Leutnant, der Leutnant wiederum den Batteriechef, und dann wurden die Betreffenden immer weitergeschickt nach den jahrelangen Erfahrungen im KZ, wo der Wehrdienst die einzige Möglichkeit bot, überhaupt wieder frei zu kommen.“

„Diese Leute haben wir innerhalb der Division zu Dutzenden erschossen.“

„Ich bin selbst Zeuge gewesen, die haben wir auf dem Heuberg und in Antwerpen erschossen. Da ist mir, meine sehr verehrten Kollegen, demonstriert worden, was es mit dem Gewissen auf sich hat.“

Der Ausschuß entschloß sich, die Regierungsfassung so zu ändern, daß derjenige den Kriegsdienst verweigern darf, der „sich aus *Gewissensgründen* der Beteiligung an *jeder* Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt und deshalb den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert.“

Aber auch das genügte dem Peter Nellen mit seinen 999er-Erfahrungen noch nicht. Was ihn beunruhigte, war das Wort „jeder“. Diese Formulierung, meinte Nellen, sei immer noch zu eng und könne sich zwangsläufig nur auf diejenigen erstrecken, die absolute Gegner jedes Krieges sind, wie etwa die Bibelforscher oder die Quäker. Nellen wollte — eingedenk seiner eigenen Kriegerfahrungen — diesen Kreis erweitert sehen. Sein Antrag in der Bundestagsrede, die ihn bekannt machte, ging dahin, das Wort „jeder“ durch „der“ zu ersetzen, was zweifellos eine weitergehende Auslegung ermöglicht hätte.

Nellen meinte: „Jeder“ ist die von der Evangelischen Kirche beklagte engstmögliche Fassung, „der“ ist die Fassung, die sowohl dem Gewissensauspruch aus ... *Grundsatz*, als auch dem Gewissensauspruch aus der mitzubeherrschenden *Situation* gerecht wird. Beschränken Sie das, dann werden Sie sehr viele Gewissen in Schwierigkeiten bringen.“

* *Error invincibilis*: wörtlich „unüberwindlicher (Gewissens-)Irrtum“. Katholische Moraltheologen verstehen darunter ein Gewissensurteil, das objektiv irrig ist. Dieser Irrtum kann aber in der konkreten Situation für den Menschen, der dieses Urteil gefällt hat, nicht behoben werden.



Wehrpflicht-Freund Blank, Gutachter Prälat Böhler: Wie weit geht das Gewissen?

entsandten Synodalen in einer Form abgespeist hatte, die dem Katholiken Nellen nicht gefallen wollte.

Die Synodalen waren an dem der Debatte vorausgehenden Montag in Bonn erschienen. Sie wollten dem Bundestag die Gedanken der Evangelischen Kirche gegen eine Allgemeine Wehrpflicht mitteilen, die auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland geäußert worden waren.

Die Kirchenmänner hatten ihre Botschaft eigentlich nur den beiden großen Fraktionen der CDU/CSU und der SPD mitteilen wollen. Das nun gefiel den kleinen Fraktionen nicht. Sie wollten auch hören, was die Kirchenvertreter zu berichten hätten.

Ein Vortrag der Kirchenvertreter vor allen sechs Fraktionen nacheinander wäre zeitlich aber nicht einzurichten gewesen. Diese Tatsache kam den CDU-Managern wie gerufen: Sie hätten es nicht gern gesehen, wenn man ihre Fraktion noch einmal von kompetenter Kirchenseite beknielt hätte, gegen die Wehrpflicht zu stimmen. Das hätte möglicherweise zu Ärgernissen führen und die pünktliche Verabschiedung des Gesetzes gefährden können.

So wurden die Abgesandten der Kirche vom Bundestagspräsidenten nur zum Essen geladen und lediglich die Fraktionsvorsitzenden nebst einigen wenigen Abgeordneten dazu gebeten. Über das, was dort auf dem Empfang dann gesprochen wurde, ließ Bundestagspräsident Gerstenmaier eine Niederschrift anfertigen, die er den Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse

beten worden. Für die Evangelische und für die Katholische Kirche, erschienen die Beauftragten beider Konfessionen bei der Bundesregierung, die Prälaten Kunst und Böhler. Böhler hatte sich den Moraltheologen Professor Hirschmann mitgebracht.

Es ging um die Bestimmung des Grundgesetzes:

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Die Bundesregierung wollte durch den Paragraphen 25 des von ihr entworfenen Wehrpflichtgesetzes diese Bestimmung außerordentlich einengen. Den Kriegsdienst sollte nur verweigern dürfen, „wer sich aus grundsätzlicher religiöser oder sittlicher Überzeugung *allgemein* zur Gewaltlosigkeit in den Beziehungen der Staaten und Völker bekennt und deswegen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert“.

Die Vertreter beider Kirchen wandten sich gegen diese Fassung der CDU-beherrschten Regierung. Prälat Kunst sagte: „Der Regierungsentwurf hat sich für eine sehr enge, man kann vielleicht sogar sagen, die engstmögliche Fassung der Bestimmung des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen entschlossen. Er trägt an keiner Stelle den von den Synoden der Evangelischen Kirche und sonst vorgetragenen Bitten Rechnung. Wir bedauern dies.“

Auch der Professor Hirschmann war mit dem Entwurf des Adenauer-Kabinetts nicht einverstanden. Er sagte: „Mein Bedenken bezüglich der augenblicklichen Formulierung richtet sich dagegen, daß ge-

Die Mehrzahl der CDU/CSU-Abgeordneten wollte die von ihrem Kollegen Nellen vorgeschlagene Fassung, die wörtlich dem Vorschlag der Evangelischen Kirche entsprach, jedoch nicht anerkennen. So nahm sich dieser Frage, die von beiden Kirchen für so außerordentlich wichtig gehalten wurde, nicht die Partei mit der christlichen Kennzeichnung im Namen, sondern die SPD an, vereint mit dem konsequenten Katholiken Nellen.

Peter Nellen hatte mit seinem Abänderungsantrag jedoch kein Glück. Seine neuen Verbündeten waren zu schwach. Es schlugen sich zwar bei der Abstimmung über Nellens Antrag etliche enragierte Protestanten aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion auf Nellens Seite. So Bundestagspräsident Gerstenmaier, der seine Synodal-Kollegen so reserviert empfangen hatte, Oberkirchenrat Cillien, die Oberkirchenrätin Dr. Schwarzhaupt und der protestantische Pfarrer Gontrum, der sich noch in der Debatte nachdrücklich für den Regierungsentwurf eingesetzt hatte.

Auch die Oppositionsparteien stimmten überwiegend mit dem Abgeordneten Nellen. Die DP muß Sorge tragen, daß ihr Ruf, der treueste der treuen Koalitionspartner zu sein, nicht in Gefahr gerät. Auch sie stimmte beim Antrag Nellen unterschiedlich. Gefahr, daß ihr der Rang abgelaufen wird, drohte von der neuen FVP. Sie stimmte geschlossen — als einzige Fraktion des Bundestages — für die Regierungsvorlage und gegen Nellens Antrag.

Dem Peter Nellen schien die Ablehnung seines Antrages so gravierend, daß er nicht mehr glaubte, dem Wehrpflichtgesetz als Ganzem mit gutem Gewissen seine Zustimmung geben zu können. Er enthielt sich bei der Schlußabstimmung als einziger CDU-Abgeordneter der Stimme.

WAHRUNG

Die Mark ist zu billig

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat in der vorletzten Woche dem Minister Ludwig Erhard empfohlen, für die Bundesrepublik eine neue Währungsreform in die Wege zu leiten.

Anders als bei der Währungsreform von 1948, in der die damals geltende Mark entwertet wurde, soll jetzt die Mark nach dem Willen des Beirats gegenüber den Auslandswährungen aufgewertet werden — ein in der deutschen Finanzgeschichte ungewöhnlicher Vorgang.

Die Schwierigkeiten, die dem Beirat diese Manipulation angezeigt erscheinen lassen, sind nämlich gänzlich anderer Art als jene, die zur Währungsreform von 1948 führten: Ein ständig anschwellender Strom deutscher Exportgüter fließt heute Tag für Tag ins Ausland. Die ausländischen Käufer bezahlen diese mit Devisen; die Devisen werden von der Bank deutscher Länder vereinnahmt; die deutschen Produzenten erhalten dann den Gegenwert dieser Devisen in Deutscher Mark.

Für die Devisen, die bei der Bank liegen, kann nun von deutschen Importeuren Ware im Ausland eingekauft werden. Aber die Einfuhren bleiben immer weiter hinter den Ausfuhren zurück. Die Bank deutscher Länder bleibt auf ihren Devisen gewissermaßen sitzen; in der vergangenen Woche gab sie bekannt, daß sie für 15 Milliarden Mark Devisen liegen habe, 4,6 Milliarden davon in purem Gold.

Dieses Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr, das zur Bildung solcher „unfreiwilliger Devisenüberschüsse“ führte, ist

das Ergebnis der harten Steuer- und Währungspolitik, mit der die Bundesrepublik ihre Finanzen besser in Ordnung gehalten hat als ihre Handelspartner.

So beunruhigend einige Preissteigerungen auf die westdeutsche Öffentlichkeit gewirkt haben, sie sind nicht annähernd so groß wie die Preiserhöhungen in anderen Ländern. Während zum Beispiel in fünfzehn Staaten der Erde von 1946 bis 1956 durch die Teuerung die Kaufkraft des Geldes mehr als halbiert worden ist, hat die Mark einen weit geringeren Kaufkraftverlust erlitten (siehe Graphik S. 12). Auf der vom Binnenhandel getrennten Ebene des Weltmarktes rangiert die Mark mit dem Dollar und dem Schweizer Franken des-

Die Professoren des Wissenschaftlichen Beirats haben deshalb dem Bundeswirtschaftsminister in ihrem Memorandum empfohlen:

Gerat die Volkswirtschaft in eine Situation, in der sich bei eigener Vollbeschäftigung fortgesetzt „unfreiwillige Devisenüberschüsse“ ansammeln, so wäre dieses fundamentale Ungleichgewicht ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung durch eine Aufwertung ihrer Währung zu korrigieren, falls es nicht ausnahmsweise als das kleinere Übel anzusehen ist, das Inlandspreisniveau steigen zu lassen.

Mit anderen Worten: Um die Einfuhren zu erleichtern und den Export zu drosseln, damit wieder ein gewisses Gleichgewicht zwischen beiden hergestellt wird, könnte man entweder



Besuch um Mitternacht: „Entschuldigen S', Herr Präsident, hätten Sie für einen armen Finanzminister net a bisserl a guate Idee?“

halb nach wie vor als härteste Währung an der Spitze.

Je mehr die deutschen Preise hinter den schneller steigenden Preisen im Ausland zurückblieben, desto begehrt wurden dort deutsche Waren. Denn der Wechselkurs zwischen der harten Mark und den weicher werdenden ausländischen Währungen war gleichgeblieben, und so lagen die deutschen Exportpreise sehr bald unter den Preisen des Auslandes. Ein preisstabiles deutsches Erzeugnis, das vor Jahren für 1000 Francs an Frankreich verkauft wurde, wird auch heute noch für 1000 Francs verkauft, obgleich der Franc inzwischen im innerfranzösischen Verkehr an Kaufkraft verloren hat.

Neben der traditionellen Qualität deutscher Erzeugnisse war es deshalb dieses Preisgefälle, das Westdeutschlands Ausfuhrziffern in die Höhe trieb. Die von Teuerung umgebenen ausländischen Kaufleute drängten auf den deutschen Markt, um billige Ware einzukaufen. Andererseits war es für ausländische Lieferanten viel schwieriger geworden, ihre teurer gewordene Ware in der Bundesrepublik abzusetzen.

▷ den Wechselkurs verändern, der zwischen Mark und Dollar besteht (zur Zeit: 100 Dollar = 420 Mark). Würde die Mark um 10 Prozent aufgewertet, so würde ein deutsches Erzeugnis, das im Inland für 420 Mark angeboten wird, auf dem Weltmarkt nicht mehr 100 Dollar, sondern 110 Dollar kosten. Umgekehrt würde Ware im Weltmarktwert von 100 Dollar statt bisher 420 nur noch 380 Mark kosten.

Der andere Weg wäre,

▷ einfach die Inlandspreise zu erhöhen und den Wechselkurs zu belassen. Dann würden die Preise für die Exportwaren auf dem Weltmarkt steigen, die Einfuhr käme jedoch zu den alten Preisen herein.

Gerüchte darüber, daß der erste Weg (also die Aufwertung) beschritten werde, um den westdeutschen Außenhandel wieder ins Gleichgewicht zu bringen, haben die Lage in der letzten Zeit nur noch verschlechtert. Denn jeder ausländische Kaufmann war bestrebt,

schnell noch deutsche Ware einzulagern, ehe die Mark im internationalen Verkehr mehr wert sein würde. Importeure der Bundesrepublik dagegen zögerten ihre Einkäufe im Ausland hinaus, weil sie hofften, nach einer Mark-Aufwertung niedrigere Preise für Importwaren zahlen zu können.

So erreichte die Bundesrepublik in der Europäischen Zahlungsunion (EZU) im Monat Mai 1956 mit 362 Millionen Mark die höchste Überschussposition, die je in der Geschichte der Zahlungsunion gemessen wurde.

Der anfängliche Stolz auf derartige Rekordergebnisse ist bei der Bundesregierung mittlerweile ernstern Besorgnissen gewichen. Denn mit dem Exportsog treibt die westdeutsche Wirtschaftspolitik auf die zentrale Frage zu, ob ein Land inmitten inflationistisch regierter anderer Volkswirtschaften als einziges seine Preise relativ stabil halten kann oder ob die Sogwirkung dies auf die Dauer unmöglich macht.

Im Europäischen Wirtschaftsrat, in dem die monatlichen Aktivsaldo der Preisinsel